



PRO CHOICE

IS OIS!

SALZBURG
25. JULI 18

DEMO

Bahnhof
12h

25. JULI 2018:

GEGEN DEN 1000-KREUZE-MARSCH IN SALZBURG

Jedes Jahr im Sommer wird die Salzburger Altstadt Bühne eines befremdlichen Spektakels. Damit sind hier nicht die Salzburger Festspiele gemeint, sondern der sogenannte „Gebetszug 1000 Kreuze für das Leben“ ultra-religiöser FundamentalistInnen. Weiße Holzkreuze tragend ziehen selbsternannte „Lebensschützer“ dabei durch die Gassen. Der Zweck ihres Auftrittes: Propaganda gegen Schwangerschaftsabbrüche, gegen reproduktive Selbstbestimmung und gegen Emanzipation ganz allgemein.

Der Marsch in Salzburg ist in Österreich das einzige Event der klerikal-faschistischen AbtreibungsgegnerInnen, welches nach dem Muster der „1000 Kreuze Märsche“ stattfindet. Organisiert werden diese von EuroProLife (München), in Salzburg gemeinsam mit Human Life International (HLI, Lebenszentrum Salzburg). Der „1000 Kreuze Marsch“ in Salzburg ist ein Treffen christlicher AntifeministInnen aus Österreich, Bayern und Südtirol.

**DEM WOLLEN WIR ENTGEGENTRETEN. WIR RUFEN
ZU EINER PRO-CHOICE-DEMO UND VIELFÄLTIGEN
GEGENAKTIONEN AUF.**

PRO CHOICE GEGEN RECHTS!

Der Kampf um Selbstbestimmung über die eigene Gebärfähigkeit ist so alt wie das Patriarchat. Allerdings finden diese Kämpfe nicht im luftleeren Raum statt: sie unterliegen Konjunkturen von Fortschritt und Rückschritt im Rahmen allgemein-gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

ZWEI BEISPIELE:

Während der Herrschaft des **NATIONALSOZIALISMUS** war die Gebärfähigkeit von Frauen den menschenverachtenden Paradigmen des Regimes unterworfen:

„Zu den ersten Gesetzen, die das NS-Regime nach der Machtergreifung 1933 erließ, gehörte die Wiedereinführung der §§ 219 und 220 des Strafgesetzbuches, die nun das öffentliche Ankündigen, Anpreisen und Ausstellen von Mitteln, Gegenständen und Verfahren zur Abtreibung und das öffentliche Anbieten eigener oder fremder Dienste zur Förderung von Abtreibungen unter Strafe stellten. Zugleich wurde der Zugang zu Verhütungsmitteln erschwert. Frauen ‚guten Blutes‘ sollten Schwangerschaften künftig weder verhindern noch abbrechen können. Kinder von Jüdinnen oder anderen unerwünschten Gruppen durften dagegen ohne Angabe von Gründen abgetrieben werden. [...] Ab 1943 galt für Abtreibung die Todesstrafe, wenn ‚die Lebenskraft des deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigt‘ wurde, für die anderen Fälle der Abtreibung wurde die Zuchthausstrafe (bis fünfzehn Jahre) wieder eingeführt“

(Wikipedia: „Schwangerschaftsabbruch“).

Der Nazi-Paragraph 219 existiert in Deutschland übrigens immer noch, und kommt auch noch zur Anwendung.

Die gewaltsame Ausübung von Macht über Frauenkörper ist im Rahmen eines faschistischen Regimes mehr als bloße Manövriermasse zum Durchsetzen völkischer Herrschaftspolitik. Der faschistische Zugriff auf die Gebärmutter ist vielmehr eine notwendige Voraussetzung um ein derartiges Regime überhaupt aufrecht zu erhalten:

der Uterus wird so zur Produktionsstätte von neuen Mitgliedern der „Volksgemeinschaft“ – und von Kanonenfutter für den Vernichtungskrieg.

Dass die teilweise Straffrei-Stellung von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich mit der **EINFÜHRUNG DER FRISTENLÖSUNG 1975** keine rein parlamentarische Errungenschaft war, ist bekannt. Vielmehr war der Druck der Straße, also zigtausende protestierende und sich organisierende Frauen, ausschlaggebend für die gesetzliche Lockerung. Und die Entstehung der **FRAUENBEWEGUNG** der 1970er-Jahre in Österreich muss im Kontext der damaligen weltweiten emanzipatorischen Kämpfe gesehen werden, für die das Jahr 1968 symbolisch als ein Höhepunkt gilt: Befreiungsbewegungen Schwarzer Menschen & People of Colour in den USA, Befreiungsbewegungen im Globalen Süden, Arbeiter_innen- und Studierenden-Revolten, die Stonewall-Riots, etc. Das Streiten um das Recht auf freiwillige Schwangerschaften, bzw. das Verweigern derselben, ist zugleich das Streiten darum, gebärfähige Menschen (in der Regel Frauen) überhaupt als Subjekte anzuerkennen- und somit ein zentraler Aspekt jeder revolutionären Perspektive.



Feministische Demo in Wien (1970er)

Wir müssen uns also die Frage stellen: **WO STEHEN WIR HEUTE?** Welche gesamt-gesellschaftlichen Entwicklungen wirken derzeit auf unsere Kämpfe um das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein? Daraus können wir Schlüsse ziehen, wo unsere Feind_innen stehen und welche Mittel / Aktionsformen wir wählen. Als Diskussionsanstoß fassen wir hier einige internationale Entwicklungen zusammen.

In den vergangenen Jahren führen (extrem) rechte Parteien in Europa und weltweit Wahlerfolg um Wahlerfolg ein. Regierungsbeteiligungen extrem rechter Parteien sind keine Ausnahme mehr, und ihre Inhalte sind längst in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ angekommen.

RECHTE REGIERUNGEN ÜBERALL: WAS BEDEUTET DAS FÜR DEN KAMPF UM REPRODUKTIVE RECHTE?

Selbstverständlich nichts Gutes.

In **UNGARN** sind Schwangerschaftsabbrüche seit 1992 im „Gesetz über den Schutz des Fötus“ geregelt. Die ungarische Fristenlösung ähnelt der deutschen: Abbrüche sind bis zur zwölften Woche straffrei, es gibt einen Beratungszwang und eine dreitägige Wartefrist. 2011 organisierte die Regierung eine Anti-Choice-Kampagne. Die Plakate dazu trugen die Aufschrift „Ich verstehe, dass du noch nicht bereit für mich bist, aber gib mich zur Adoption frei. LASS MICH LEBEN!“. Finanziert wurde die Propaganda für Zwangs-Schwangerschaften aus EU-Geldern. Seit 2012 hat diese Position Verfassungsrang: die neue ungarische Verfassung beinhaltet den Passus, dass „menschliches Leben“ ab dem Moment der Zeugung zu schützen sei. Bisher wurde die konkrete Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen noch nicht an diesen reaktionären Vorstoß angeglichen. Hier heißt es wachsam bleiben, denn das Ungarn der Orbán-Ära ist gekennzeichnet von einem umfassenden reaktionären Programm: militarisierte Grenzen, gewaltsames Vorgehen gegen Geflüchtete, Pogrome gegen Roma_Romnja und Sinti_Sintize, staatlich

forcierter Antisemitismus, faschistische Bürgermeister, die als „asozial“ Gebrandmarkte zur Zwangsarbeit zwingen und Aufmärsche hunderter Nazis inmitten in Budapest sind nur einige Beispiele. Es wäre keine Überraschung, wenn in diesem Klima ungewollt Schwangere in Ungarn bald vermehrt unter Druck gerieten. Jetzt wäre es an der Zeit, Kontakte zu Aktivist_innen in Ungarn zu knüpfen und sich auf transnationale Solidaritätsaktionen vorzubereiten.



Pro Choice Demo in Polen (März 2018)

In **POLEN** ging die Auseinandersetzung um reproduktive Rechte im März dieses Jahres in die nächste Phase – und das in einem ultra-repressiven gesellschaftlichen Klima. Die rechte Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS, dt. „Recht und Gerechtigkeit“) steht der katholischen Kirche nahe – was immer ein schlechtes Zeichen ist – und befürwortet eine weitere Verschärfung der Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen. Diese ist in Polen ohnehin schon restriktiv: Abbrüche sind nur dann straffrei, wenn das Leben der Schwangeren in Gefahr ist, nach einer Vergewaltigung oder bei „embryopathischer Indikation“, also wenn eine schwere Schädigung des Fötus festgestellt wurde. Die Anti-Choice-Initiative „Stoppt Abtreibungen“ hatte einen Gesetzesentwurf einge-

bracht, der Abbrüche nach embryopathischer Indikation illegalisieren sollte. Dieser wurde im Parlament diskutiert. Gegen die geplante weitere Verschärfung protestieren im März zehntausende Menschen. Es bleibt zu hoffen, dass die Proteste so erfolgreich sind wie zuletzt 2016, als ein fast komplettes Verbot von Abbrüchen durch Massendemos und Frauenstreiks verhindert werden konnte.

In den **USA** unterscheidet sich die gesetzliche Lage von Bundesstaat zu Bundesstaat. Während der orange Kopf der republikanischen Partei außenpolitisch wild um sich schlug, betätigten sich die republikanischen Senator_innen in Iowa anderweitig: Anfang Mai verabschiedete das Parlament in Des Moines ein Gesetz, das Schwangerschaftsabbrüche ab dem ersten fötalen Herzschlag verbietet. Dieser tritt meist ab der sechsten Schwangerschaftswoche ein. Zu diesem Zeitpunkt wissen die Betroffenen oft noch gar nichts von ihrer Schwangerschaft. Die Gouverneurin von Iowa unterzeichnete das Gesetz Anfang Mai; es hätte mit 1. Juli in Kraft treten sollen. Planned Parenthood und die Emma Goldman Clinic klagten gegen das Gesetz – es bleibt so lange ausgesetzt, bis das Urteil ergeht.

Noch eine Nachricht aus den USA: Im April rief der republikanische Justizminister Jeff Sessions eine „Null-Toleranz-Politik“ gegen Menschen aus, die ohne legalen Status über die mexikanische Grenze in die USA kommen. Sie werden nun ohne Ausnahme strafrechtlich verfolgt. Nachdem Kinder in den USA nicht in regulären Knästen eingesperrt werden können, werden sie durch die Grenzschwach von ihren Eltern getrennt und z.T. zeitweise in Käfigen eingesperrt. Jeff Sessions ist strikter Abtreibungsgegner, sein Abstimmungsverhalten als Senator wird als 0% Pro Choice und 100% „Pro Life“ beschrieben. Wäre die Situation nicht so haarsträubend unmenschlich, so wäre Sessions fast dafür zu danken, dass er sich als Anschauungsobjekt und Argumentationshilfe für eine zentrale feministische Einsicht zur Verfügung stellt: es geht den „Lebensschützern“ nicht wirklich um „die Familie“, oder das Wohl von Kindern – sondern einzig und allein darum, Kontrolle über Frauen auszuüben.

Und nun nochmal zum **DEUTSCHEN** § 219 StGB: Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt, weil sie auf ihrer Website sinnvollerweise darauf hingewiesen hatte, dass sie Schwangerschaftsabbrüche anbietet. Laut Staatsanwaltschaft handelt es sich zwar um „seriöse und sachliche“ Information – das sei aber trotzdem strafbar. Mittels eines untoten Nazi-Zombie-Paragraphen soll hier das bloße Informieren über Schwangerschaftsabbrüche unterdrückt werden. Wenn ungewollt Schwangeren der Weg zu einem Abbruch versperrt werden kann mit miesen Methoden wie diesem Informationsverbot oder – wie in Österreich – der gesetzlichen Möglichkeit für Ärzt_innen, die Durchführung von Abbrüchen unter Berufung auf ihr „Gewissen“ zu verweigern, ist die teilweise Straffrei-Stellung ein schlechter Witz. Wir schließen daraus: nicht nur auf die Buchstaben des Gesetzes kommt es an. Wichtig ist, ob Schwangerschaftsabbrüche in der Praxis zugänglich sind!



Genau hier setzt eine Forderung der **FPÖ** an: Schwangerschaftsabbrüche in privaten Praxen und Instituten von Ärzt_innen sollen verboten werden. Begründet wird das damit, diese seien „gewinnorientiert“. Wichtig ist hier, dass in **ÖSTERREICH** nur wenige öffentliche Krankenhäuser überhaupt Abbrüche anbieten – in den westlichen Bundes-

ländern Vorarlberg und Tirol gibt es kein einziges öffentliches Spital, in dem ungewollt Schwangeren geholfen wird. Somit würde das Verbot in der Praxis die Zahl der Orte, die Abbrüche anbieten, dramatisch reduzieren. Was die rechten Recken unerwähnt lassen: dass sich für ein entsprechendes Honorar wohl trotzdem ein_e Ärzt_in finden würde, die den Eingriff durchführt, während weniger zahlungskräftigen Frauen in eine Zwangs-Schwangerschaft gedrängt würden. Abtreibungsgesetzgebung war schon immer eine Klassenfrage.

Nicht nur die FPÖ als Nachfolgepartei des deutsch-völkischen Faschismus in Österreich, sondern auch die Erb_innen des konservativ-klerikalen Austrofaschismus (**ÖVP**) treten für die Einführung einer Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und deren Motive ein.

„Weil Parteien wie die ÖVP und die FPÖ, die Sozialleistungen kürzen und damit vor allem (alleinerziehenden) Frauen mit Kindern schaden, wenig zu einer familienfreundlichen Gesellschaft beitragen können, zeigt die Forderung nach einer solchen Statistik bloß, dass sie keinem anderen Zweck dient, als Frauen und ihre Körper zu kontrollieren. Wenn also Parteien und deren Obmänner sich für ein solches Verzeichnis aussprechen, sagen sie damit in Wirklichkeit: ‚Liebe Frauen, eure Körper gehören euch nicht. Deshalb brauchen wir Informationen darüber, was ihr damit macht – um euch später vorzuschreiben, was ihr damit nicht mehr machen dürft.‘“
(wienerin.at)

Schon vor seinem Amtsantritt als Bundeskanzler sprach sich Sebastian Kurz gegen die Fristenlösung aus. Im Juni proklamierte er eine „Koalition der Willigen“, die „illegaler“ Migration endgültig den Riegel verschieben will: gemeint sind der deutsche Innenminister Horst Seehofer, der italienische Innenminister Matteo Salvini (Lega Nord), und er selbst. Wir fassen zusammen: christlich-konservative und völkisch-rechte Kräfte schließen sich zusammen, um in rassistischer Diktion eine militärische Abschottungspolitik durchzusetzen. Gleichzeitig sollen diejenigen Frauen, deren Herkunft den rechten Arschrichtern genehm ist, neue Staatsbürger_innen und Arbeitskräfte gebären. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Was für eine Scheiße!

SO WEIT. SO SCHLECHT.

Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es in Salzburg Aktionen gegen die Auftritte organisierter AbtreibungsgegnerInnen. Und täglich grüßt das Murmeltier: wieder mal bei Pro-Choice-Aktionen eingefahren, wieder mal den 1000-Kreuze-Marsch nur abgekürzt oder gestört statt verhindert, noch immer zusehen, wie sich ultra-religiöse reaktionäre Organisationen breit machen (in Salzburg aktuell die Loretto-Gemeinschaft mit ihrer Scheiß Mission Home Base in einem schicken mehrstöckigen Haus an der Salzach, erworben um „einen symbolischen Euro“, und ihrem tausende Jugendliche anziehenden Heiliger-Geist-und-Exorzismus-Festival zu Pfingsten). Und ja, wir befinden uns gerade in einer globalen reaktionären Phase. Dagegen anzurennen, ist anstrengend.



Pro Choice Demo in Salzburg (Juli 2016)

ABER

Doch scheinbare Niederlagen und scheinbarer Stillstand im Kampf um reproduktive Rechte haben einen doppelten Boden.

Denn: sollte es zu einem ernsthaften Angriff auf die Fristenlösung kommen, sind wir bereit. Die Transpis sind fertig, die Aufruftexte so gut wie geschrieben und Allianzen zwischen Pro-Choice-Aktivist_innen geschmiedet. Wir sind mit euch gemeinsam jederzeit bereit, einen solchen Angriff abzuwehren.

Und tatsächlich gibt es Grund zur **HOFFNUNG**: Bei dem Referendum am 25. Mai stimmten zwei Drittel der Irischen Staatsbürger_innen für die Abschaffung des Abtreibungsverbot. Es wird sich noch zeigen, wie der tatsächliche Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in der Praxis aussehen wird. Auch wie es mit Nordirland diesbezüglich weiter geht ist noch offen. Trotzdem: Juhuu, Partyhut aufgesetzt, trööööt, hurra!



Dublin (26. Mai 2018)

Es gilt, Erreichtes zu verteidigen, und Fortschritte zu erkämpfen!
Gehen wir am 25. Juli gemeinsam in Salzburg auf die Straße!

Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!

Für den freien und kostenlosen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und seriöse Informationen darüber!

Für kostenlose Verhütungsmittel!

Für reproduktive Rechte! Für eine echte Wahlfreiheit!

PAROLEN:

Vatikan, Hände weg von meiner Vulva!

Gegen Macker und Sexisten –
Fight the power, fight the system!

Feuer und Flamme dem Patriarchat –
Kampf dem Sexismus im Alltag und im Staat!

Abtreibung ist Frauen*recht,
bei Pro Life da wird uns schlecht!

Für die Freiheit, für das Leben –
Selbstbestimmung muss es geben!

Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!

Ehe, Küche, Vaterland - unsere Antwort: Widerstand!

Lecktuch, Spirale - Linksradikale!
Lecktuch, Kondome - Linksautonome!

Masturbation statt Kommunion!

Hätt Maria abgetrieben,
wärt ihr uns erspart geblieben!

